

Es begann auch an Lahn und Dill:

150 Jahre Soziale Demokratie – Eine Partei und ihre Geschichte.¹

HANS-WERNER HAHN

Als am 23. Mai 1863 in Leipzig unter Führung Ferdinand Lassalles der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ (ADAV) gegründet wurde, den die Sozialdemokratische Partei in diesem Jahr als ihren 150. Gründungstag feiert, war die Region an Lahn und Dill erst sehr schwach in diese Formierungsbestrebungen einer deutschen Arbeiterbewegung eingebunden. Die Zentren der Bewegung lagen in preußischen Industrieregionen, in Hamburg und Frankfurt am Main sowie im schon stark industrialisierten Königreich Sachsen.²

Dennoch kommt man beim Blick auf die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie nicht an dem mittelhessischen Raum vorbei, weil die neben Lassalle wichtigsten Persönlichkeiten der frühen deutschen Arbeiterbewegung, Wilhelm Liebknecht und August Bebel, in Gießen und Wetzlar aufwuchsen. Wilhelm Liebknecht wurde 1826 in Gießen geboren und verbrachte hier die ersten 20 Jahre seines Lebens.³ Der 1840 in Köln-Deutz geborene August Bebel kam im Alter von sechs Jahren nach Wetzlar und absolvierte bis 1858 Schul- und Lehrjahre in der Heimatstadt seiner Mutter.⁴ Begegnet sind sich beide freilich erst in Leipzig, wo man seit Mitte der 1860er Jahre eine enge Freundschaft knüpfte, die zugleich eine wichtige Voraussetzung für die Erfolgsgeschichte der Sozialdemokratie werden sollte. Der Parteihistoriker Franz Mehring hat anlässlich des 70. Geburtstages von August Bebel 1910 geschrieben: „Die fast vierzigjährige Freundschaft Bebels und Liebknechts ist in ihrer Art für die deutsche Arbeiterbewegung nicht minder bedeutsam geworden als die vierzigjährige Freundschaft, die zwischen Marx und Engels bestanden hat, ja in ihrer Weise noch bedeutender ... Wie sie in jahrzehntelangem Kampfe alles Widerstrebende und Widerstreitende überwunden haben, um des hohen Zieles willen, für das beide mit

1 Leicht überarbeiteter und mit Anmerkungen versehener Vortrag, der am 18. April 2013 auf einer Veranstaltung des Oberhessischen Geschichtsvereins und des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Gießen gehalten wurde.

2 Zur Gründungsgeschichte vgl. die anschaulichen Beiträge in Anja Kruke/Meik Woyke (Hrsg.), *Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1848 – 1863 – 2013*, Bonn 2012.

3 Wolfgang Schröder, *Wilhelm Liebknecht. Soldat der Revolution, Parteiführer, Parlamentarier*, Berlin 2012; F. W. Weitershaus, *Wilhelm Liebknecht. Eine Biographie*, Gießen 1976 (MOHG, Bd. 61); Kurt Eisner, *Wilhelm Liebknecht. Sein Leben und Wirken*, 2. erweiterte Aufl. Berlin 1906.

4 Aus der Fülle der Literatur sei hier verwiesen auf Jürgen Schmidt, *August Bebel. Kaiser der Arbeiter. Eine Biografie*, Zürich 2013; Brigitte Seebacher-Brandt, *Bebel. Kündler und Kärner im Kaiserreich*, Bonn 1988; Ursula Herrmann/Volker Emmrich, *August Bebel. Eine Biographie*, Berlin 1889; Angela Bösl (Bearb.), *zu aller Nutzen. August Bebel (1840-1913) – Wirken und Wirkung*, Essen 2013.

gleicher Begeisterung stritten, das ist ein gleich hohes Ehrenzeugnis für beide Männer.“⁵

Obwohl Bebel und Liebknecht schon in jungen Jahren aufgrund fehlender beruflicher Perspektiven und politischer Verfolgung ihre Heimatregion verließen und die Wirkungsstätten der beiden Parteigrößen im Königreich Sachsen und in Berlin lagen, erscheint es nicht nur wegen der Herkunft der beiden Parteigrößen lohnend zu sein, die Erinnerung an die 150jährige Geschichte der Sozialdemokratie auch mit einem Blick auf ihre mittelhessische Frühgeschichte zu verbinden. Erstens lässt sich an beiden Parteigründern sehr anschaulich verfolgen, wie ihre Erfahrungen aus Kindheit und Jugend auch das spätere politische Engagement prägten. Zweitens blieben beide ihrer Herkunftsregion bis zum Lebensende verbunden und unterstützten die auch hier einsetzenden Formierungsbestrebungen der Arbeiterbewegung. Drittens lässt sich beim Blick auf die Entwicklung der Sozialdemokratie im mittleren Hessen recht gut zeigen, wie sich der Aufstieg der Partei allmählich auch abseits der großen industriellen Zentren Deutschlands vollzog, wie aber vor 1914 auch die Grenzen dieser Erfolgsgeschichte sichtbar wurden und die Partei damit zu neuen programmatischen und taktischen Überlegungen gezwungen wurde.

Die engen Zusammenhänge zwischen den von sozialen Notlagen geprägten Kindheits- und Jugenderfahrungen einerseits und einem besonders der sozialen Gerechtigkeit verpflichteten politischen Engagement andererseits lassen sich sowohl bei Wilhelm Liebknecht als auch bei August Bebel deutlich erkennen. Beide wuchsen in einer Region auf, die vor 1848 in besonderer Weise vom Pauperismus betroffen war. Dieses, die Zeit des so genannten Vormärz prägende Massenelend war noch kein Phänomen des einsetzenden Industriezeitalters. Der Pauperismus war in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die wirtschaftliche Entwicklung mit einer rasch ansteigenden Bevölkerung nicht Schritt hielt. Die traditionellen Berufsfelder in Landwirtschaft, Handwerk und Heimgewerbe konnten dem wachsenden Arbeitskräftepotential keine Erwerbsmöglichkeiten mehr verschaffen, und die neuen industriellen Sektoren waren noch nicht weit genug entwickelt, um hier auszugleichen.⁶ Gerade der mittelhessische Raum war bis 1850 von der Industrialisierung kaum berührt, zugleich aber litten bestimmte Handwerksbereiche bereits unter den Konkurrenz industrieller Produkte, was die sozialen Krisen ebenso verschärfte wie Missernten und Hungerjahre.⁷ Professoren wie Bruno Hildebrand aus Marburg oder Beamte wie der Landrat des

5 Zitiert nach Thomas Höhle, Sozialdemokratien und Intellektuelle. Auseinandersetzung zwischen Liebknecht und Mehring in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Wolfgang Beutin/Holger Malterer/Friedrich Müller (Hg.), Eine Gesellschaft der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit. W. Liebknecht, Frankfurt a. M. 2001, S. 96.

6 Ausführlich hierzu Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815-1845/49, München 1987, S. 281 ff.

7 Vgl. hierzu Hans-Werner Hahn, Wirtschaft und Verkehr 1800-1945, in: Handbuch der hessischen Geschichte, Band 1: Bevölkerung, Wirtschaft und Staat in Hessen 1806-1945, hrsg. v. Winfried Speitkamp, Marburg 2010, S. 73 ff.

preußischen Kreises Wetzlar haben dieses Elend ausführlich geschildert. Letzterer sah in einer 1847 in Gießen erschienenen Schrift in der staatlich geförderten überseeischen Auswanderung das einzige Mittel gegen die „Fäulnis durch Pauperismus“. Die kranken, d. h. armen Glieder der Gesellschaft sollten auswandern, damit der Pauperismus nicht auch auf die noch gesunden übergreife.⁸ Wie schnell letzteres im konkreten Falle geschehen konnte, wie rasch auch Glieder scheinbar wirtschaftlich gesunder Familien in Armut geraten konnten, das haben in jenen Jahren auch Wilhelm Liebknecht und August Bebel erfahren müssen.

Wilhelm Liebknecht stammte aus einer etablierten oberhessischen Beamten- und Gelehrtenfamilie, hatte aber mit sechs Jahren schon beide Eltern verloren, wuchs unter Vormundschaft auf, fand freilich trotz der schwierigen persönlichen Umstände den Weg auf das Gymnasium und die Universität. Auch wenn es vielen seiner Altersgenossen in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts schlechter ging, so war der junge Liebknecht mit den schwierigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen in Oberhessen früh vertraut. Ein Großonkel mütterlicherseits war der Pfarrer Ludwig Friedrich Weidig, der im Hessischen Landboten gemeinsam mit Georg Büchner die sozialen Missstände im Lande angeprangert hatte und 1837 unter unmenschlichen Verhältnissen in Kerkerhaft gestorben war.⁹ Wilhelm Liebknecht hat in seinen Erinnerungen ausführlich beschrieben, wie ihn die politischen und sozialen Probleme seiner Heimat in den vierziger Jahren immer lebhafter beschäftigten.¹⁰ Er gehörte zudem zu jenen fortschrittlichen Studenten, die in den Jahren vor der Revolution von 1848 bestrebt waren, alte Trennlinien zwischen dem Stand der Gelehrten und dem Bürgerstand zu überwinden. Da er während seiner Studienzzeit in Gießen bei einem Zimmermann in Wieseck in die Lehre ging und in seinen Marburger Studienjahren bei einem Büchsenmacher, war Wilhelm Liebknecht frühzeitig mit den Sorgen und Nöten der Gesellschaft vertraut. Die Beschäftigung mit den sozialen Problemen und die Erfahrungen mit dem Repressionssystem förderten Liebknechts Weg in die radikaleren Kreise der vormärzlichen Opposition und zugleich seine Beschäftigung mit frühsozialistischen Theorien.

Noch viel stärker als Liebknecht musste der junge August Bebel in seinen Wetzlarer Jahren die Folgen der Pauperismuskrise erfahren. Bebels Mutter, Wilhelmina Johanna Simon stammte aus einer Wetzlarer Bäckers- und Wirtschaftsfamilie, die im 18. Jahrhundert noch zu den besser gestellten Wetzlarer Familien gehört hatte. Nach dem wirtschaftlichen Niedergang der Stadt infolge der Auflösung des Reichskammergerichts schwanden in Wetzlar die Erwerbsmöglich-

8 Karl von Sparre, Die Auswanderungen und Ansiedlungen der Deutschen als National-sache; insonderheit Preußens Beteiligung an der Auswanderungsfrage, Gießen 1847, S. 10.

9 Zu diesen Verbindungen vgl. Ewald Grothe, Die Ahnen des politischen Widerstands. Zu Wilhelm Liebknechts Vor- und Leitbildern, in: Georg Büchner Jahrbuch 10 (2000-2004), S. 261-267.

10 Wilhelm Liebknecht, Erinnerungen eines Soldaten der Revolution, Textsammlung, zusammengestellt und eingeleitet von Heinrich Gemkow, Berlin 1976, S. 15 ff.

keiten. Bebels 1804 geborene Mutter ging als Dienstmädchen nach Frankfurt, dann nach Mainz, wo sie Bebels Vater, einen preußischen Unteroffizier kennen lernte und heiratete. Die Familie zog dann nach Köln, wo August Bebel 1840 zur Welt kam. 1843 starb der Vater im Alter von 35 Jahren, 1844 heiratete die Witwe dessen Zwillingsbruder, der zwei Jahre später ebenfalls starb. Ohne jeden Anspruch auf Versorgungsbezüge zog die Mutter deshalb 1846 mit zwei Halbweisen - zwei weitere Kinder waren zu diesem Zeitpunkt bereits verstorben - in ihre Heimatstadt Wetzlar, wo sie auf Unterstützung der Verwandten hoffte.¹¹ Diese blieb zwar nicht völlig aus, aber angesichts der noch immer schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Wetzlar lebten die Bebels unter ausgesprochen ärmlichen Verhältnissen. Die Mutter versuchte durch das Nähen von Militärschuhen, der kleine August durch das Aufstellen der Kegel auf einer Wetzlarer Kegelbahn das Familieneinkommen aufzubessern. Nachdem Bebels Mutter 1853 an Tuberkulose gestorben war, kamen die beiden Weisen bei Verwandten unter und wurden durch den Winklerschen Waisenfond, eine private Stiftung eines Wetzlarer Apothekers, unterstützt. August Bebel, der in Wetzlar noch eine Drechsler-Lehre abschloss und die Stadt 1858 verließ, hat seine von großer Not bestimmte Wetzlarer Zeit in seinen Lebenserinnerungen ausführlich beschrieben.¹² Diese Jahre waren von der Erfahrung bestimmt, dass weder staatliche Instanzen noch private Stiftungen oder Familienbande letztlich in der Lage waren, unverschuldet in Not geratenen Menschen wirksame Hilfe zu leisten. Gerade diese persönlichen Erfahrungen waren ein wichtiger Antriebsfaktor für Bebels späteres politisches Engagement.

Als August Bebel im Alter von acht Jahren erstmals mit den großen Fragen der deutschen Politik konfrontiert wurde, da stand er, wie er in seinen Lebenserinnerungen ironisch vermerkt, aber noch auf der falschen Seite. In den Revolutionsmonaten der Jahre 1848/49 war die große Mehrheit der Wetzlarer Einwohner entschieden demokratisch gesinnt und bezeugte auf vielfältige Weise den Unmut gegen den preußischen Obrigkeitsstaat. Diese Gesinnung, so schrieb Bebel rückblickend, habe sich auch auf die Schuljugend übertragen. Bei den Diskussionen über die Revolution habe sich dann herausgestellt, dass nur er und ein Kamerad, der Sohn eines preußischen Offiziers, monarchisch gesinnt waren. Bebel weiter: „Dafür wurden wir beide mit einer Tracht Prügel bedacht. Wenn sich also meine politischen Gegner heute über meine ‚antipatriotische‘ Gesinnung entrüsten, weil nach ihrer Meinung Monarchie und Vaterland ein und dasselbe sind, so ersehen sie aus der vermeldeten Tatsache, vielleicht zu ihrer Genugtuung, dass ich schon fürs Vaterland gelitten habe, als viele ihrer Väter

11 Zum familiären Hintergrund vgl. jetzt Wolfgang Wiedel, „Ich bin ja eigentlich Wetzlarer“. August Bebel und seine „zweite Heimat“, in: Bösl (Bearb.), zu aller Nutzen, S. 12 ff.; ferner Herbert Flender, Augusts Bebels Kinder- und Jugendzeit in Wetzlar (1846-1858), in: August Bebel in Wetzlar, hrsg. vom Magistrat der Stadt Wetzlar, Wetzlar 1984, S. 1-63; Irene Jung, August Bebel und Wetzlar, in: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 46, 2013, S. 71-108.

12 August Bebel, Aus meinem Leben, Erster Teil, Stuttgart 1953, S. 17 ff.

und Großväter noch in ihrer Maienblüte Unschuld zu den Antipatrioten gehörten.“¹³ Fünfzig Jahre nach der Revolution von 1848 war es übrigens August Bebel, der im Reichstag eine intensive Debatte darüber auslöste, welche politische Richtung denn den Anspruch geltend machen könne, die Tradition von 1848 für sich zu beanspruchen. Während er dem liberalen Bürgertum vorwarf, sich von den einstigen Idealen abgekehrt zu haben, stellte Bebel die sozialdemokratische Partei als diejenige politische Kraft dar, die inzwischen weitgehend allein um die Verwirklichung der seit 1848 noch immer nicht erreichten politischen und gesellschaftlichen Ziele kämpfe. Auch Wilhelm Liebknecht bekräftigte immer wieder den Anspruch der Sozialdemokratie, wahre Hüterin des demokratischen Erbes von 1848 zu sein, und trug maßgeblich dazu bei, dass die 1848er Revolution zum ersten historischen Erinnerungskern der deutschen Arbeiterbewegung wurde.¹⁴

Während August Bebel die Revolution im Alter von acht Jahren abseits der großen Zentren des Revolutionsgeschehens erlebt hatte, war der 22jährige Wilhelm Liebknecht bereits aktiv an den politischen und militärischen Kämpfen des Jahres 1848 beteiligt gewesen. In der Partei wurde er deshalb als ein „Alt-48er“ verehrt. Nachdem Liebknecht schon als Gießener und Marburger Student oppositionell hervorgetreten und deshalb vor 1848 erst einmal in die Schweiz emigriert war, kehrte er 1848 über Frankreich nach Deutschland zurück und beteiligte sich am rasch scheiternden Aufstand, den der Radikaldemokrat Gustav von Struve im Herbst 1848 im badischen Lörrach begonnen hatte. Nach einigen Monaten Gefängnishaft wurde Liebknecht im Mai 1849 befreit. Er nahm nun an den Kämpfen teil, die in Baden zur Durchsetzung der Reichsverfassung geführt wurden. Nach der Niederschlagung der Erhebung durch die preußischen Truppen floh Liebknecht in die Schweiz.¹⁵ Dort wurde er 1850 wegen seiner Initiative zur Vereinigung deutscher Arbeiterbildungsvereine ausgewiesen. Karl Marx beschuldigte später übrigens den ebenfalls aus Gießen stammenden Emigranten und Zoologen Carl Vogt, Liebknecht bei den Behörden denunziert zu haben.¹⁶ Liebknecht ging nach London ins Exil, gehörte dort dem bis 1852 existierenden Bund der Kommunisten an und stand nun in enger Beziehung zu Marx und Engels. Liebknecht hat von deren Denken vieles übernommen und es in den sechziger Jahren an August Bebel weitergegeben. Marx und Engels sahen in Liebknecht freilich alles andere als einen Musterschüler. Sie haben ihn vielfach auf sehr überhebliche Art behandelt und verspottet. Marx höhnte, dass August Bebel das Pech gehabt habe, „in Herrn Wilhelm seinen ‚Theoretiker‘ zu fin-

13 Ebenda, S. 32.

14 Hierzu ausführlich Beatrix Bouvier, Zur Tradition von 1848 im Sozialismus, in: Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 1169-1200.

15 Ausführlich hierzu Schröder, Liebknecht, S. 41 ff.

16 Karl Marx, Herr Vogt, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 14, 4. Aufl., Berlin 1972, S. 410 ff.

den“.¹⁷ Das schwierige Verhältnis zwischen Marx und Liebknecht war vor allem darauf zurückzuführen, dass sich letzterer mehr der Praxis verpflichtet fühlte und auch aufgrund seiner radikaldemokratischen Sozialisation lieber vom freien Volksstaat als von der Diktatur des Proletariats sprach.

Liebknecht blieb mit seiner Familie bis 1862 in London. Als der neue preußische König Wilhelm I. die Strafverfolgung ehemaliger 48er durch eine Amnestie aufhob, kehrte Wilhelm Liebknecht nach Deutschland zurück, beteiligte sich an der Gründung von Arbeiterbildungsvereinen und verstärkte zugleich sein Engagement für eine parteipolitische Organisation der Arbeiterbewegung. Als Mitarbeiter am Zentralorgan des 1863 von Ferdinand Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins – dem Social-Demokrat – war Liebknecht bereits in jenen Gründungsprozess involviert, den die deutsche Sozialdemokratie in diesem Jubiläumsjahr als 150. Geburtstag feiert. Dem organisatorischen Durchbruch des Jahres 1863 war allerdings bereits eine längere Formierungsphase vorausgegangen. Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung lagen schon im Vormärz, in den Auslandsvereinen wie dem 1834 in Paris gegründeten Bund der Geächteten oder dem 1847 in London entstandenen Bund der Kommunisten. In der Revolution von 1848/49 hat dann die so genannte Arbeiterverbrüderung von Stephan Born mit 15 000 Mitgliedern eine beachtliche Resonanz erreicht.¹⁸ Der Reaktionskurs der deutschen Regierungen hatte all diesen politischen und gewerkschaftlichen Ansätzen zwar wieder ein Ende gesetzt. Dennoch gab es starke organisatorische, personelle und auch programmatische Kontinuitäten zwischen 1848 und dem Neuanfang der sechziger Jahre.

Mit dem Ende des so genannten Reaktionssystems kam es um 1860 verstärkt zur Gründung von Arbeiterbildungsvereinen, die zunächst noch von Bürgerlichen initiiert und gefördert wurden, um die Arbeiter in der gemeinsamen Opposition gegen das obrigkeitstaatliche System zu halten. Die Angebote der Liberalen – allen voran das Genossenschaftskonzept Schulze-Delitzschs – waren für viele Arbeiter und die in den Arbeiterbildungsvereinen stark vertretenen kleinen Handwerksmeister und Gesellen zu diesem Zeitpunkt durchaus noch attraktiv.¹⁹ Die Liberalen schlugen den Arbeitern vor, in einem gemeinsam zu schaffenden freiheitlichen Nationalstaat sich durch Fleiß, Sparsamkeit, Bildung und gemeinsame Anstrengungen aus der unbefriedigenden sozialen Situation herauszuarbeiten und auf diese Weise allmählich zum Bürgertum aufzuschließen. Das liberale Konzept war freilich von Anfang an mit drei schweren Problemen be-

17 Ausführlich hierzu Dieter Dowe, „Agitieren, organisieren, studieren!“ Wilhelm Liebknecht und die frühe deutsche Sozialdemokratie. Vortrag anlässlich einer Gedenkveranstaltung der Stadt Gießen und des Oberhessischen Geschichtsvereins zum 100. Todestag Wilhelm Liebknechts im Alten Schloss in Gießen am 25. Oktober 2000, Bonn 2001, S. 16 ff.

18 Zu den Anfängen vgl. die Beiträge in Kruke/Woyke (Hrsg.), Deutsche Sozialdemokratie. Ausführlich Thomas Welskopp, das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.

19 Hierzu ausführlich Toni Offermann, Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850-1863, Bonn 1979.

lastet. Zum einen war ein ökonomischer Strukturwandel im Gang, der immer mehr Großbetriebe entstehen ließ und dem Genossenschaftsmodell entgegenlief. Zum zweiten wuchs bei vielen Arbeitern der Eindruck, dass ihre liberalen Mentoren für viele Fragen der Arbeiterexistenz doch nicht das richtige Gespür besaßen, vor allem in Bezug auf die Löhne. Drittens hatten immer mehr Arbeiter das Gefühl, dass die Liberalen die Arbeiter auf Dauer in einer Art Juniorpartnerschaft halten wollten. Die liberale Honorationspolitik förderte die Verselbständigungstendenzen auf der Seite der Arbeiter und führte im Mai 1863 dazu, dass sich ein Teil der deutschen Arbeitervereine unter Führung Ferdinand Lassalles mit dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV) in Leipzig als Partei konstituierte.²⁰ Durch das allgemeine Wahlrecht und eine eigene politische Organisation sollten die Arbeiter auf die Politik des Staats Einfluss nehmen und die staatliche Unterstützung von Produktionsgenossenschaften fordern. Deshalb musste eine konsequente Trennung von der Partnerschaft mit den Liberalen erfolgen, auch wenn man in Bezug auf den Nationalstaat noch ein großes gemeinsames Ziel hatte.

Der ADAV blieb zunächst nur eine kleine Abspaltung von der breiten Arbeitervereinsbewegung, war auf bestimmte Regionen wie Sachsen, Frankfurt, Hamburg und die preußische Rheinprovinz begrenzt und hatte bei Lassalles Tod am 31. August 1864 gerade einmal 4 500 Mitglieder. Die meisten Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine hielten wie im Übrigen auch Marx und Engels die Trennung von Arbeiter- und bürgerlicher Bewegung zu diesem Zeitpunkt für falsch. Das Bürgertum sollte solange gegen die Reaktion unterstützt werden, bis es seine eigenen Ziele - den Verfassungs- und Nationalstaat - durchgesetzt und die Macht erobert habe. Deshalb wurden auch die Gespräche, die Lassalle im Frühjahr und Sommer 1863 auf dem Höhepunkt des preußischen Verfassungskonflikts mit dem Ministerpräsidenten Bismarck führte, scharf kritisiert. Als Reaktion auf den ADAV bildete sich im Juni 1863 in Frankfurt unter dem Vorsitz Leopold Sonnemanns – dem Herausgeber der „Frankfurter Zeitung“ - der „Vereinstag Deutscher Arbeitervereine“ (VDAV). Mitglied war auch August Bebel, der den Leipziger Arbeiterverein vertrat. Lassalleaner und VDAV unterschieden sich nicht nur durch die Art der Abgrenzung gegenüber dem Bürgertum, sondern vor allem auch durch die Haltung zur nationalen Frage. Den Nationalstaat wollten beide. Aber Lassalle verfolgte einen strikt antiösterreichischen, propreußischen Kurs. Im VDAV lebte dagegen die großdeutsche Tradition der 48er Demokraten weiter, die sich scharf gegen den preußischen Führungsanspruch richtete.

Hier lag auch der Grund, warum Wilhelm Liebknecht dem ADAV bald wieder die Gefolgschaft aufkündigte. Liebknecht war ein scharfer Gegner eines preußisch geführten Einheitsstaates. Nachdem er 1865 wegen seiner politischen Aktivitäten aus Preußen ausgewiesen worden und nach Leipzig gegangen war,

20 Zusammenfassend zu den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Helga Grebing, Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenwahrung bis 1914, München 1985, S. 47 ff.

begann hier seine freundschaftliche Zusammenarbeit mit August Bebel, über den Liebknecht zum VDAV stieß.²¹ Beide gründeten die radikaldemokratische, also noch „linksbürgerliche“ „Sächsische Volkspartei“, mit der sie die neue, im Krieg von 1866 geschaffene politische Ordnung Deutschlands bekämpften und für die sie 1867 in den Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt wurden. Noch kooperierte man mit den fortschrittlichen Kräften des Bürgertums. Bald danach vollzogen aber auch Liebknecht und Bebel die Trennung von den einstigen bürgerlichen Mentoren.²² Eine wichtige Rolle spielten in diesem Zusammenhang gewerkschaftlich organisierte Streiks, die in den sechziger Jahren zunahmen und die Arbeiterschaft zunehmend in Frontstellungen zum bürgerlichen Lager brachten. 1868 stimmte die Mehrheit des VDAV dem Programm der 1864 gegründeten 1. Internationale zu, das die Handschrift von Karl Marx trug. 1869 gründeten Bebel und Liebknecht mit ihren Anhängern und abgefallenen Teilen der Lassalleschen Richtung in Eisenach die „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP).

All das geschah abseits unseres mittelhessischen Raumes. Wenn die Zentren der frühen deutschen Arbeiterbewegung und die Wirkungsstätten Liebknechts und Bebels im mittleren Deutschland lagen, so hing dies vor allem mit dem dort höheren Industrialisierungsgrad zusammen, aber auch mit weniger repressiven politischen Verhältnissen. Letzteres galt gerade für die thüringischen Kleinstaaten, wo Städte wie Eisenach und Gotha wichtige Versammlungsorte der jungen deutschen Arbeiterbewegung wurden. In der Mitte Hessens, im Gebiet von Lahn und Dill, vollzog sich die Formierung der Arbeiterbewegung dagegen viel langsamer. Es gab keine großen Städte, die Zahl der industriellen Arbeitsplätze war selbst um 1870 noch recht bescheiden. Hinzu kam, dass viele Arbeiter noch keine echte Lohnarbeiterexistenz führten, sondern neben ihrer Tätigkeit als Bergmann oder Hüttenarbeiter oft noch eine kleine Landwirtschaft betrieben und aufgrund ihrer Besitzverhältnisse für die Ziele der frühen Arbeiterbewegung schwer zu mobilisieren waren.²³

In den zu Preußen gehörenden Teilen Mittel Hessens wachten die Behörden zudem aufmerksam über die kleinsten Aktivitäten. So berichtete der Landrat des Kreises Wetzlar im November 1869 über einen Versuch, in Wetzlar einen Ortsverein des ADAV zu gründen. Ein Schneidergeselle hatte eine entsprechende Veranstaltung organisiert, die immerhin von 200 Personen besucht wurde und auf der Redner aus Frankfurt für die Gründung warben. Die Wetzlarer Gruppe

21 Vgl. hierzu Schröder, Liebknecht, S. 143 ff.

22 Vgl. hierzu auch die klassische Darstellung von Gustav Mayer, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863-1870 (1912), in: Ders., Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, Frankfurt am Main 1969, S. 108-178.

23 Zu den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der 1850er und 60er Jahre vgl. Hahn, Wirtschaft, S. 129 ff.

löste sich aber bald wieder auf.²⁴ Auch zehn Jahre später war von entsprechenden Aktivitäten nichts zu spüren, denn der Wetzlarer Bürgermeister berichtete, dass es keinerlei Aktivitäten gebe, gegen die man auf der Grundlage des Sozialistengesetzes von 1878 vorgehen müsse. Zu den Gründen schrieb der Wetzlarer Bergrat Riemann 1878: „Die große Mehrheit der Arbeiter hat etwas Grundbesitz, in der Regel ein Häuschen und einige Aecker, auf welchen sie einen Theil ihres Bedarfs an Brod und Kartoffeln und etwas Futter für die Ziege, bisweilen sogar für eine Kuh ziehen. Viele Arbeiter mästen sich auch ein oder zwei Schweine. Wo solche Verhältnisse bestehen, kann von einem Arbeiter-Proletariat nicht die Rede sein. Die nicht ganz ausgebliebenen Versuche der Socialdemokraten, hier etwas Boden zu gewinnen, sind deshalb auch vollständig gescheitert.“²⁵ Der Aufbau einer Arbeiterbewegung begann in der Heimatstadt August Bebels eigentlich erst um 1889/90.²⁶

Im hessen-darmstädtischen Gießen sah die Sache dagegen anders aus. In der Geburtsstadt Liebknechts sind die ersten Spuren einer Arbeiterbewegung schon im Revolutionsjahr 1848 zu erkennen. Hier entstand im Sommer 1848 ein Arbeiterverein, der 1849 immerhin 297 Mitglieder aufwies. 87,2% der Mitglieder entfielen auf Handwerksmeister und -gesellen. Nur 10 Mitglieder (3,4%) bezeichneten sich als Arbeiter, 2 Zigarrenarbeiter, 3 Mechaniker und 5 Steinhauer. Im Gießener Arbeiterverein handelte somit noch kein klassenbewusstes Proletariat. Der Anteil der Arbeiter blieb sogar noch etwas hinter dem des Bildungsbürgertums zurück, der sich auf 3,7% belief.²⁷ Der Gießener Arbeiterverein war auch noch keine eigenständige politische Organisation. Der Arbeiterverein stand vielmehr in enger Beziehung zu den Demokraten, dem in Gießen dominierenden linken Flügel des politischen Bürgertums. Hauptziel des Vereins war zunächst einmal „die Vermittlung der Beschäftigung der hiesigen Handarbeiter und Tagelöhner“.²⁸ Über ein Arbeiter-Büro sollten nicht- oder unterbeschäftigten örtlichen Arbeitern neue Verdienstmöglichkeiten verschafft werden. Darüber hinaus wollte der Verein aber vor allem auch die Bildung der Arbeiter und damit ihre künftigen Erwerbschancen zu fördern. Zu diesem Zwecke ent-

24 Bernd Lindenthal, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Wahlkreis Wetzlar von den Anfängen bis zum 1. Weltkrieg, in: 100 Jahre SPD Wetzlar 1889-1989, hg. v. SPD-Ortsverein Wetzlar, Wetzlar 1989, S. 25 f.

25 Wilhelm Riemann, Beschreibung des Bergreviers Wetzlar, Bonn 1878, S. 91.

26 Bernd Lindenthal, Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Stadt und Kreis Wetzlar 1889-1907 und die Anfänge der Sozialdemokratie, in: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins, Heft 28 (1981), S. 77-133.

27 Ausführlich hierzu Michael Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989, S. 127.

28 Gießener Anzeiger vom 10. Juni 1848. Die hier zitierten Anzeigen und Artikel aus dem „Gießener Anzeiger“ wurden von Wilhelm Bingsohn zusammengestellt und dem Verfasser vom Stadtarchivar Ludwig Brake zur Verfügung gestellt.

stand Anfang 1849 auch ein eigener „Weiblicher Arbeiterverein“, der den bezeichnenden Zusatz „neue Bildung“ trug.²⁹

Eine wichtige Rolle spielte im Gießener Arbeiterverein aber auch die Frage nach der künftigen Wirtschaftsordnung im politisch geeinten Deutschland. Hier folgte der Gießener Verein den Vorstellungen des Kasseler Gewerbelehrers Karl Winkelblech, der den in der Revolution von 1848 aufkommenden sozialistischen Konzepten ein korporatives Modell gegenüberstellte, eine Art deutscher Innungsstaat, in dem das Handwerk vor industrieller Konkurrenz geschützt und Meister und Gesellen in einem harmonischen Verhältnis zueinander stehen sollen. Der Giessener Arbeiterverein fungierte Anfang 1849 als ein Vorort des Winkelblechschen „Föederal-Systems“ und stand in enger Beziehung zu dessen Frankfurter Zentralvorstand.³⁰ Offenbar waren aber auch in Gießen 1848/49 nicht mehr alle Mitglieder von den Konzepten Winkelblechs überzeugt. Dies zeigen die 1849 auch in Gießen erkennbaren gewerkschaftlichen Organisationsversuche der Buchdrucker und der Tabakarbeiter. Die lokale Organisation der Buchdrucker - der Gutenberg-Bund - war offenbar aus dem Gießener Arbeiterverein hervorgegangen, und ein Polizeibericht von 1851 vermerkt, dass die Mitglieder dieses Bundes „entschieden socialistisch“ seien.³¹

Unter der nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 einsetzenden Reaktionspolitik des wieder hergestellten Deutschen Bundes wurden politische Aktivitäten von Arbeitervereinen zwar hart verfolgt, dennoch brachen die 1848 begonnenen Ansätze einer Organisation von Arbeiterinteressen nicht völlig ab. Die Initiativen zur Arbeiterbildung setzten sich auch in den 1850er Jahren fort. So feierte 1861 ein Arbeitergesangverein sein 13jähriges Stiftungsfest,³² und im Frühjahr 1863 entstand unter Verweis auf entsprechende Aktivitäten in anderen Städten auch in Gießen ein neuer Arbeiterbildungsverein, der „die geistige Bildung und materielle Hebung des Arbeiterstandes durch gesellige Vereinigung, Unterricht, Vorträge, Besprechungen u. s. w., sowie auch durch eine auf Gegenseitigkeit gegründete Hülfeleistung zum Zwecke“ haben sollte.³³ Sehr schnell beteiligte man sich nun aber auch in Gießen an jenen übergreifenden politischen Debatten, wie sie im Streit zwischen Lassalle und den Liberalen zum Ausdruck kamen. Auf dem Frankfurter Arbeitertag, auf dem es im Mai 1863 zu einer großen Redeschlacht zwischen Lassalle und seinen liberalen Widersachern kam, war auch der 136 Mitglieder umfassende Gießener Arbeiterverein mit einem Delegierten vertreten.³⁴ Zuvor hatte der Gießener Arbeiterverein auf seiner monatlichen Hauptversammlung ausführlich über den anstehenden Frankfurter

29 Gießener Anzeiger vom 27. Februar 1849.

30 Ausführlich hierzu Gerhard Beier, Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834-1984), Frankfurt am Main 1984, S. 94 ff.

31 Zitiert nach Wettengel, Revolution, S. 160.

32 Gießener Anzeiger vom 21. September 1861.

33 Gießener Anzeiger vom 14. März 1863.

34 Beier, Arbeiterbewegung, S. 122.

Arbeitertag diskutiert.³⁵ Der Gießener Verein folgte aber letztlich nicht dem Lassalleschen Kurs einer eigenständigen politischen Organisation der Arbeiter, sondern blieb noch im Fahrwasser der liberalen Bewegung. Darauf deuten zum einen die inhaltlichen, auf die Bildung und konkrete soziale Verbesserungen ausgerichteten Aussagen in den Veranstaltungshinweisen hin. Der Verein gab Kurse in Schönschreiben, Orthographie, Mathematik und Zeichnen.³⁶ 1869 hieß es in einem Artikel, dass der Gießener Arbeiterbildungsverein „seinem Wahl-spruch ‚Bildung macht frei und Wissen macht stark‘ in jeder Beziehung nachzu-kommen versucht“.³⁷ Die Hauptversammlung des Gießener Arbeiterbildungs-vereins befasste sich am 3. August 1863 mit der Errichtung einer Sparkasse,³⁸ am 6. Dezember 1863 ging es um die Errichtung einer Krankenkasse.³⁹ Zum ande-ren zeigen auch Veranstaltungen mit dem linksliberalen Hermann Schulze-Delitzsch, der im August 1864 vor dem Gießener Arbeiterbildungsverein seine Genossenschaftsideen erläuterte, und das anschließende Festbankett, an dem Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins, der Gewerbebank und des liberalen Deutschen Nationalvereins teilnehmen konnten,⁴⁰ dass sich der Gießener Arbeiterbildungsverein zu diesem Zeitpunkt noch im linksliberalen Spektrum verortete.

Spätestens 1869/70 war aber auch in Gießen eine neue Situation entstanden. Zum einen gab es nun eine eigene Organisation des ADAV,⁴¹ der nach dem frühen Tod von Ferdinand Lassalle nun von Johann Baptist von Schweitzer geführt wurde. Und zum anderen hatten Mitglieder des früheren Arbeiterbildungsvereins nach dem Eisenacher Gründungsakt eine Gießener Organisation der von Bebel und Liebknecht geführten „Social-Demokratischen Arbeiter-partei“ (SDAP) gegründet. Die Differenzen zwischen den beiden Richtungen traten im Februar 1870 beim Stiftungsfest des Gießener Arbeiterbildungsverein deutlich hervor.⁴² Im Juni des gleichen Jahres lieferten sich die Anhänger des ADAV und die der SDAP auf einer Gießener Arbeiterversammlung einen heftigen verbalen Schlagabtausch. Ein Gießener Leserbriefschreiber beschuldigte die Anhänger des ADAV, alle Veranstaltungen, in denen sie nicht selbst agitieren könnten, durch Störungen zu sprengen, und alle, die nicht willenlos den Vorgaben des Parteiführers Schweitzers folgten, als persönliche Feinde anzusehen. Weiter hieß es zu den Anhängern des ADAV: „Sie betrachten Lassalle als Gott, den allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein als die alleinseligmachende Kirche

35 Gießener Anzeiger vom 2. Mai 1863

36 Gießener Anzeiger vom 1. Juli 1865.

37 Gießener Anzeiger vom 23. September 1869.

38 Gießener Anzeiger vom 1. August 1863.

39 Gießener Anzeiger vom 5. Dezember 1863.

40 Gießener Anzeiger vom 10. August 1864. Zu Schulze-Delitzsch und seinem Einfluss auf die Arbeiterbildungsvereine vgl. Aldenhoff, Rita: Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung. Baden-Baden 1984.

41 Gießener Anzeiger vom 31. August 1869.

42 Gießener Anzeiger vom 26. Februar 1870.

und Schweitzer als den Stellvertreter Petris auf Erden, als solcher natürlich auch unfehlbar“.⁴³

Im Umfeld der deutschen Reichsgründung von 1871 gewann somit auch in Gießen die junge Arbeiterbewegung deutlich an Konturen. Es gab zwei politische Organisationen. Hinzu kamen gewerkschaftliche Organisationen der Schuhmacher, Tabak-, Holz- und Metallarbeiter.⁴⁴ Dennoch blieb all dies auch Anfang der 1870er Jahre noch in bescheidenem Umfang. Es war bezeichnend, dass man bei den ersten Reichstagswahlen noch keinen eigenen Kandidaten aufstellte. Das 1867 für den Reichstag des Norddeutschen Bundes eingeführte allgemeine Männerwahlrecht war zwar auch in Gießen durchaus ein Thema auf mehreren Veranstaltungen. Angesichts des Mehrheitswahlrechts hatten Kandidaten der Arbeiterbewegung aber nur in stark industrialisierten Wahlkreisen Chancen auf ein Mandat. August Bebel und Wilhelm Liebknecht wurden 1867 in zwei sächsischen Wahlkreisen in den Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt, die wirtschaftlich ganz von der Textilindustrie geprägt waren.⁴⁵ Im vorwiegend noch agrarisch geprägten Reichstagswahlkreis Gießen-Grünberg-Nidda dominierte der zu den Altliberalen gehörende Freiherr von Nordeck zur Rabenau, der hier 1871 ohne Gegenkandidaten sogar auf 99,2% der abgegebenen Stimmen kam.⁴⁶ Bei den nächsten Reichstagswahlen von 1874 siegte er erneut mit 97,2% der Stimmen. Diesmal hatte er aber einen Gegenkandidaten, den die SDAP ins Rennen geschickt hatte. Es war kein geringerer als Wilhelm Liebknecht. Obwohl dieser am 31. August 1874 auch zu einer Wahlveranstaltung nach Gießen kam,⁴⁷ konnten Liebknecht und seine Anhänger nicht mit einem Erfolg rechnen. Es ging vielmehr darum, im Gießener Umfeld durch einen sehr bekannten eigenen Kandidaten die schwierige Aufbauarbeit der jungen Partei- und Gewerkschaftsorganisation weiter zu verstärken. Am Ende erreichte Wilhelm Liebknecht, der erneut in seinem sächsischen Wahlkreis in den Reichstag gewählt wurde, im Gießener Wahlkreis gerade einmal 2,1% der Stimmen. In der Stadt Gießen entfielen immerhin etwa 10% der knapp 1000 Stimmen auf Liebknecht, in der noch eigenständigen Gemeinde Wiesek waren es sogar schon 30%.⁴⁸

Drei Jahre später trat Liebknecht erneut gegen den liberalen Freiherrn von Nordeck an. Die Voraussetzungen waren insofern nun besser, weil sich beide sozialistischen Parteiorganisationen 1875 in Gotha zu einer Partei - der Sozia-

43 Gießener Anzeiger vom 2. Juli 1870.

44 Zum Beginn der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Gießen vgl. Siegfried Krupke/Antje Tewes (Bearb.), „... und Einigkeit ist Macht“. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Gießen 1867-1949, Gießen 1985.

45 Seebacher-Brandt, Bebel, S. 85 ff.

46 Thomas Klein, Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867-1933, Bd. 3: Großherzogtum/Volksstaat Hessen 1867-1933, Marburg 1995, S. 2.

47 Gießener Anzeiger vom 29. August 1874.

48 Klein, Die Hessen, S. 3

listischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) - geeinigt hatten. Liebknecht selbst hatte hierbei eine entscheidende Rolle gespielt und durch seinen Pragmatismus in den programmatischen Fragen wichtige Voraussetzungen für die Vereinigung geschaffen. Das trug ihm erneut heftigste Vorwürfe von Marx und Engels ein, die das Gothaer Programm vehement kritisierten.⁴⁹ Für die Parteientwicklung war die Vereinigung freilich außerordentlich förderlich, und Wilhelm Liebknecht rechtfertigte sich gegenüber der Kritik von Marx bezeichnenderweise mit den Worten: „So unbedingt ich dem Urteil von Marx in der Theorie vertraute, in der Praxis ging ich meine eigenen Wege ... ich glaube in meinem Leben niemals der Partei einen größeren Dienst erwiesen zu haben, als damals, wo ich den Ratsschlag meines Freundes und Lehrers Marx zurückwies und in das Einigungsprogramm einwilligte“.⁵⁰

Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1877 erreichte die neue Partei mit fast 500 000 Stimmen auf Reichsebene einen Anteil von immerhin 9,1%. Auch im Gießener Wahlkreis konnte man den Anteil im Vergleich zu 1874 verfünffachen und kam nun auf 10,9%. In der Stadt Gießen gewann die Sozialdemokratie ein Drittel aller Stimmen, in Wieseck schon mehr als die Hälfte, in Garbenteich und Leihgestern sogar schon über zwei Drittel.⁵¹ Angesichts der agrarischen Strukturen des Wahlkreises war man freilich von einem wirklichen Wahlerfolg – also vom eigenen Reichstagsmandat – im mittleren Hessen noch weit entfernt.

Als der Reichstag nach den Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. im Sommer 1878 aufgelöst und neu gewählt wurde, fiel die von Bismarck des Umsturzes beschuldigte Sozialdemokratie im Gießener Wahlkreis sogar wieder auf einen Anteil von 3,6% zurück.⁵² Vergebens hatte die Partei im Giessener Anzeiger dafür geworben, dass nur ihr Kandidat Wilhelm Liebknecht in der Lage und Willens sei, „das **allgemeine** Volkswohl zu fördern“.⁵³ Die weitere Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie wurde dann durch das im Oktober 1878 im Deutschen Reich erlassene Sozialistengesetz blockiert, das die in Gießen bestehenden sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen verbot und die Behörden zu harten Repressionen veranlasste.⁵⁴ Selbst in den zu Hessen-Darmstadt gehörenden Teilen des mittleren Hessen, wo das Sozialisten-

49 Wolfgang Schröder, Wilhelm Liebknecht und der Weg zur Vereinigung von Gotha 1875, in: Beutin/Malterer/ Müller (Hg.), Eine Gesellschaft der Freiheit (wie Anm. 5), S. 45-82. Zur zeitgenössischen Diskussion über das Gothaer Programm vgl. Susanne Müller, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit, Frankfurt a. M. 1964; S. 68 ff.

50 Wilhelm Liebknecht, Was die Sozialdemokraten sind und was sie sein wollen, Chemnitz 1894, S. 23.

51 Zahlen aus Klein, Die Hessen, Bd. 3, S. 3-5.

52 Klein, Die Hessen, Bd. 3, S. 5-9.

53 Gießener Anzeiger vom 26. Juli 1878.

54 Krupke/Tewes (Bearb.), „... und Einigkeit ist Macht“, S. 21 ff.; allgemein zum Sozialistengesetz Siegfried Weichlein, Das 'Sozialistengesetz', in: Kruke/Woyke (Hrsg.), Sozialdemokratie, S. 92-97.

gesetz nicht ganz so rigide angewandt wurde als in den preußischen Teilen,⁵⁵ blieb die Sozialdemokratie bis 1890 völlig chancenlos. Trotz des Verbots der Parteiorganisationen und der -presse konnten zwar sozialdemokratische Kandidaten bei den Reichstagswahlen antreten, aber die behördlichen Repressionen und öffentliche Hetze sorgten dafür, dass nur wenige Wähler sich für die Politiker aus der verfeimten Partei entschieden. Mit Liebknecht erreichte man im Wahlkreis Gießen bei den Reichstagswahlen von 1881 nur 1,9%, 1884 und 1887 erzielte der als Kandidat aufgestellte spätere hessische Ministerpräsident Karl Ulrich ebenfalls nur 3,1, beziehungsweise 2,0%.⁵⁶

Erst seit 1890 sah es auch im mittleren Hessen für die Sozialdemokratie besser aus. Inzwischen hatten Arbeiter verschiedener Berufsfelder neue Gewerkschaftsvereine gegründet.⁵⁷ 1889 hatten die Bergleute in Mittelhessen den großen Streik im Ruhrgebiet zum Anlass genommen, auch selbst für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne zu streiken.⁵⁸ Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1890 stellte die Sozialdemokratie nun auch im Wahlkreis Wetzlar erstmals einen Kandidaten auf, der freilich nur auf einen Stimmenanteil von 5% kam. Bemerkenswert war aber nicht nur, dass die Sozialdemokratie in der expandierenden Industriestadt Wetzlar bereits 26% der Stimmen verbuchen konnte, sondern dass sie in einigen nahe bei Gießen liegenden Dörfern des Kreises Wetzlar noch höhere Anteile erreichte. In Launsbach, Kinzenbach und Krodorf lag der Stimmenanteil der Sozialdemokratie schon bei über 33% und damit weit über dem Reichsergebnis von 19,7%. In Gleiberg verzeichnete der Kandidat der Sozialdemokraten sogar ein Rekordergebnis von 82,4%.⁵⁹ Das überdurchschnittlich gute Ergebnis in den oben genannten Orten hing zum einen mit der von der Tabakherstellung bestimmten wirtschaftlichen Struktur und zum anderen mit dem schon weit fortgeschrittenen Organisationsverhalten der Tabakarbeiter zusammen. Auch im Reichstagswahlkreis Gießen, wo die Sozialdemokratie 1890 wieder auf über 10% der Stimmen kam, gehörten die von der Tabakindustrie geprägten Orte zu den Hochburgen der Partei. In Heuchelheim kam man auf 54%, in Alten-Buseck auf 49%. In der Stadt Gießen gab es für den SPD-Kandidaten Karl Wilhelm Obrig, ein Gießener Gastwirt, Schreiner und Stadtverordneter, 1890 mit 18,4% ebenfalls ein respektables Ergebnis.⁶⁰

In den folgenden Reichstagswahlen konnte die Sozialdemokratie sowohl im preußischen Kreis Wetzlar als auch im hessischen Kreis Gießen ihre Ergebnisse

55 Beier, Arbeiterbewegung, S. 186 ff.

56 Vgl. Klein, Die Hessen, Bd. 3, S. 10-16.

57 Krupke/Tewes (Bearb. „... und Einigkeit ist Macht“, S. 26 ff.

58 Lindenthal, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 33 ff.

59 Zu den Einzelergebnissen vgl. Thomas Klein, Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867-1933, Bd. 1: Provinz Hessen-Nassau und Waldeck-Pyrmont 1867-1918, Marburg 1989, S. 967 ff.

60 Klein, Die Hessen, Bd. 3, S. 16 ff. Zu den Wahlen und zur Struktur des Wahlkreises vgl. auch Carl-Wilhelm Reibel (Bearb.), Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918. Bündnisse - Ergebnisse - Kandidaten, 2. Halbband, Düsseldorf 2007, S. 1314-1320.

weiter verbessern. Im Kreis Wetzlar erreichte die SPD 1898 12,7%, im Gießener Wahlkreis waren es bereits 33,4%, mit denen der sozialdemokratische Bewerber Philipp Scheidemann sogar in die Stichwahl kam, die er allerdings dann deutlich gegen den Kandidaten der antisemitischen Deutsch Sozialen Reformpartei verlor.⁶¹ Der Stimmenzuwachs hing gewiss auch damit zusammen, dass die beiden aus Mittelhessen kommenden Heroen der Sozialdemokratie in ihrer Heimatregion Wahlkampf machten. Im Wetzlarer Wahlkreis trat August Bebel als so genannter Zählkandidat an und hielt in Naunheim eine große Wahlversammlung ab, auf der er die Antisemiten scharf angriff. Mit einem Wahlerfolg in seiner Heimat rechnete Bebel nicht, denn er meinte, wenn man Wetzlar für die Sozialdemokratie erobert habe, hätte man drei Viertel von ganz Deutschland gewonnen.⁶² Auch Wilhelm Liebknecht, inzwischen schon über 70, griff Ende der neunziger Jahre noch einmal in die hessischen Wahlkämpfe ein und sprach im September 1899 in Klein-Linden über die anstehenden Landtagswahlen im Großherzogtum Hessen.⁶³ Ausschlaggebender für die wachsenden Wahlerfolge waren freilich andere Faktoren. Hierzu gehörte zunächst einmal der sich auch an Lahn und Dill beschleunigende wirtschaftliche Strukturwandel, der die Zahl der Lohnarbeiter ansteigen ließ. Wichtig wurde ferner der stetige Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen. Zudem besaß die Arbeiterbewegung nach Aufhebung des Sozialistengesetzes größere Freiräume, wenngleich gerade in den preußischen Gebieten die obrigkeitsstaatliche Gängelung nicht völlig verschwand. Dieses anhaltende Gefühl politischer und sozialer Diskriminierung, das gerade auch im preußischen Dreiklassenwahlrecht zum Ausdruck kam, führte der Sozialdemokratie zunehmend neue Wähler und Mitglieder zu. Die so genannte Fundamentalpolitisierung,⁶⁴ die immer mehr Menschen in Organisationen und an die Wahlurnen brachte, war um 1900 auch im mittleren Hessen zu spüren. Ihren Höhepunkt erreichte sie bei den letzten Reichstagswahlen des Kaiserreichs, als die Wahlbeteiligung über 80% kletterte.

Trotz der wachsenden Erfolge, welche die Sozialdemokratie an Lahn und Dill verbuchen konnte, wurden um 1900 aber auch die Grenzen deutlich, die ihrem Aufstieg in dieser Region gesetzt waren. Obwohl auch in den Dörfern die Politisierung voranschritt und die Unzufriedenheit darüber stieg, dass die Früchte des spürbaren wirtschaftlichen Aufschwungs im Kaiserreich sehr ungleich verteilt wurden, tat sich die Sozialdemokratie schwer, die ländliche Bevöl-

61 Vgl. Reibel, Handbuch 1319 ff.; ferner: Erwin Knauf, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre, Gießen 1960 (Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, Neue Folge, Bd. 45), S. 31 ff.

62 Ausführlich hierzu Lindenthal, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 71 ff. Vgl. ferner Hans-Werner Hahn, Verspäteter Aufstieg, wachsende Erfolge und neue Wege: Die Wetzlarer Sozialdemokratie 1890-1913, in: Bösl (Bearb.), Zu aller Nutzen, S. 43-57

63 Gießener Anzeiger vom 8. September 1899.

64 Zum Begriff Hans-Peter Ullmann, Politik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918, München 1999, S. 25 ff.; zu den Auswirkungen auf die Reichstagswahlen vgl. Margaret Lavinia Anderson, Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Stuttgart 2009.

kerung für ihre Ziele zu gewinnen. Zwar hatte der rheinhessische Parteigenosse Bonhorst Marx schon um 1870 darauf aufmerksam gemacht, auch die Landbevölkerung in die programmatischen Überlegungen einzubeziehen. Anders als Marx und Engels, die dieser Forderung in London wenig Beachtung schenkten, griff Wilhelm Liebknecht zwar 1874 die Diskussion auf und verfasste eine Schrift über die Grund- und Bodenfrage. Darin schrieb er, dass Sozialdemokraten Tollhäsler wären, wenn sie die Beschlüsse einer Sozialisierung von Grund und Boden gegen den Willen der Kleinbauern mit Gewalt durchsetzen würden. Er schlug zugleich Maßnahmen vor, um auch die kleinen Bauern und Landarbeiter für die Ziele der Partei zu gewinnen. Große Wirkungen auf die Programmatik der Partei hatte die Schrift freilich nicht.⁶⁵

Auch um 1900 fürchteten noch viele Kleinbauern oder Arbeiter mit Landbesitz, dass die SPD-Programmforderung nach „Vergesellschaftung der Produktionskräfte“ zur Enteignung ihrer Äcker und Wiesen führen werde. Von der Unzufriedenheit der ländlichen Bevölkerung über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse profitierten daher im mittleren Hessen vor allem die Antisemitenparteien,⁶⁶ die im Gießener Wahlkreis mehrfach - 1893, 1898, 1907 und 1912 - das Mandat errangen und auch im Wetzlarer Wahlkreis 1907 und 1912 erfolgreich waren.⁶⁷ Um hier erfolgreich gegenzusteuern, bedurfte es neuer, den regionalen Verhältnissen angepasster Strategien, wie sie vor allem der zeitweise in Gießen wirkende Eduard David entwickelte. Der 1863 an der Mosel geborene David wirkte zunächst als Gymnasiallehrer in Gießen und gründete dort nach dem Eintritt in die SPD 1893 die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“. David, der wegen seiner sozialdemokratischen Presseaktivitäten den hessischen Schuldienst quittieren musste, setzte sich zum Ziel, den SPD-Anhang unter der Landbevölkerung zu vergrößern und vor allem auch unter den kleinen Bauern für die SPD zu werben. David hatte erkannt, dass die sozialdemokratische Programmatik und Propaganda viel zu sehr auf die Wählerschaft der Industriezentren zugeschrieben war und in dieser Form bei einer Bevölkerung, die wie in den Dörfern Mittelhessens gewerbliche Tätigkeit und Kleinlandwirtschaft miteinander verbinden musste, schwer ankommen konnte. Wenn das Erfurter Parteiprogramm von 1891 den baldigen Untergang der kapitalistischen Ordnung vorhersagte und für Kleinlandwirtschaft und Handwerk keine Zukunft sah, dann bremste das die Zustimmung ländlicher Wähler zur SPD ebenso wie die atheistische und kirchenskeptische Haltung, wie sie gerade die führenden Sozialdemokraten Bebel und Liebknecht nicht zuletzt wegen ihrer Jugenderfahrungen einnahmen.

Aus diesen Erfahrungen heraus stieß Eduard David die „vielschichtigste, interessanteste und tiefgreifendste“ Debatte an, die die Sozialdemokratie in den

65 Vgl. hierzu Beier, Arbeiterbewegung, S. 160 ff.

66 Vgl. Helmut Berding, *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt am Main 1988, S. 99 ff.

67 Zu Gießen Reibel, *Handbuch*, Bd. 2, S. 1317 ff.; zu Wetzlar Reibel, *Handbuch*, Bd. 1, S. 898 ff.

1890er Jahren führte.⁶⁸ Die hessische Parteileitung in Frankfurt beurteilte die Vorstöße Eduard Davids zunächst noch skeptisch und monierte, dass der Begriff Klassenkampf in der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ nicht vorkomme. Auch in den großen Programmdebatten, welche die deutsche Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts führte, konnte sich David nicht gegen die Parteiorthodoxie durchsetzen. In Mittelhessen hinterließ sein pragmatischer Kurs aber deutliche Spuren. Dies zeigte schon das gute Ergebnis, das Philipp Scheidemann, der inzwischen von David die Redaktion der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ übernommen hatte, bei den Reichstagswahlen des Jahres 1898 erzielt hatte, und bei den folgenden Wahlen konnte die Sozialdemokratie - abgesehen von dem kleinen Rückschlag im Jahre 1907 - ihre Stellung in Mittelhessen weiter verbessern.⁶⁹ Im Wahlkreis Gießen-Grünberg-Nidda kam die Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl des Kaiserreichs im ersten Wahlgang auf 32,2%. Damit lag man nur knapp unter dem Reichsergebnis, das bei 34,8% lag. Im engeren Umfeld der Stadt Gießen fiel das Ergebnis der Sozialdemokraten jedoch noch viel besser aus. In der Stadt Gießen gewann die Sozialdemokratie 3279 von 6506 abgegebenen Stimmen, lag also bereits knapp über 50%. Einen ähnlichen Stimmenanteil erreichte sie in Großen-Linden, Klein-Linden, Großen-Buseck und Watzenborn, in Lollar und Alten-Buseck lagen ihre Anteile über 60%, in Wieseck und Heuchelheim sogar über 70%.⁷⁰ Die größten Erfolge gab es in den Gemeinden, in denen die Tabakindustrie zum wichtigsten Wirtschaftszweig geworden war. Dies zeigen auch die Wahlergebnisse von Krofdorf, Gleiberg und Launsbach, die zum Wahlkreis Wetzlar-Altenkirchen gehörten und wo die Sozialdemokratie ebenfalls über zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen gewann.⁷¹ Im Wahlkreis Gießen kam der sozialdemokratische Kandidat Beckmann gegen den Vertreter einer antisemitisch-agrarischen Koalition in die Stichwahl, die der auch von Nationalliberalen und der Zentrumspartei unterstützte Gegenkandidat Ferdinand Werner nur knapp mit 52,3 % gewann.

Bemerkenswert war, dass die liberale Fortschrittspartei, die im ersten Wahlgang 28,2% der Stimmen erreicht hatte, als dritte starke politische Kraft in der Stichwahl die Sozialdemokratie unterstützte. Politiker wie Eduard David und der zeitweise auch in Gießen tätige und auch als Reichstagskandidat antretende Philipp Scheidemann plädierten nach diesen Erfahrungen dafür, die Kooperation mit den Linksliberalen und anderen Reformkräften zu verstärken. Sie wollten die Sozialdemokratie aus dem Getto herauszuführen, das ihr lange von den Gegnern auferlegt worden war, in dem sie sich aber auch selbst nicht zuletzt

68 So Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900*, Berlin 1959, S. 134. Zu David vgl. auch Susanne Miller, *Einleitung*, in: Dies. (Bearb.), *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914-1918*, Düsseldorf 1968, S. XIV ff.

69 Ausführlich zu Wetzlar Klein, *Die Hessen*, Bd. 1, 976 ff.; Reibel, *Handbuch*, Bd. 1, S. 898 ff.; zu Gießen Reibel, *Handbuch*, Bd. 2, S. 1317 ff.; Klein, *Die Hessen*, Bd. 3, S. 38 ff.

70 Klein, *Die Hessen*, Bd. 3, S. 52-56.

71 Klein, *Die Hessen*, Bd. 1, S. 982-984.

mit ihrer Programmatik eingeeigelt hatte. Die reformorientierten Kräfte der deutschen Politik, allen voran die Sozialdemokratie, hatten zwar bei den Reichstagswahlen des Jahres 1912 deutliche Zugewinne erzielt. Zu einem großen politischen Aufbruch reichte es aber noch nicht. Um einen politischen Stillstand zu vermeiden und die Chancen auf Reformen zu erhöhen, wollten nun vor allem linksliberale Politiker auf eine Allianz aller Reformkräfte hinarbeiten. Gemeinsames Ziel sollte es sein, die verkrusteten politischen Strukturen aufzubrechen, die Rechte des Reichstags zu stärken und in Preußen eine Reform des verhassten Drei-Klassen-Wahlrechts zu erreichen. Man hoffte durch eine Kooperation mit den demokratischen Teilen des Zentrums und reformistisch orientierten Sozialdemokraten wie Eduard David, Albert Südekum und Philipp Scheidemann neue Mehrheiten zu erreichen.⁷² Obwohl es auch an der sozialdemokratischen Basis in Mittelhessen entsprechende Ansätze zu einer engeren Allianz zwischen Sozialdemokraten und Linksliberalen gab,⁷³ scheiterten diese Bestrebungen am Ende an Widersprüchen und Einwänden auf Seiten aller Parteien. Auch in der SPD-Führung gab es noch viele, die einen solchen Kurs für falsch hielten, weil er den Zusammenhalt der Partei gefährden konnte.

Erst mit der so genannten Weimarer Koalition des Jahres 1919, mit der SPD, DDP und Zentrum die Grundlagen der Weimarer Republik schufen, ist die Sozialdemokratie auf der Reichs- wie auf der Länderebene diesen Weg gegangen. Diese neue Politik in Richtung Volkspartei, die mit dem Godesberger Programm von 1959 vollendet wurde, wäre vor allem dem 1913 gestorbenen August Bebel, aber auch dem schon 1900 verstorbenen Wilhelm Liebknecht vermutlich schwer gefallen. Beide hatten auf eindrucksvolle Weise ihr Leben in den Dienst gesellschaftlicher und politischer Emanzipation gestellt. Beide haben dafür mehrfach im Gefängnis gesessen. Und die großen Trauerfeierlichkeiten in Berlin und Zürich zeigten, wie dankbar und anerkennend viele Menschen, nicht nur Deutsche, auf das Wirken der beiden Parteigründer zurückblickten. Dass die Sozialdemokratie im Deutschland des 20. Jahrhunderts den Weg in einen demokratischen Sozialstaat auf dem Boden einer marktwirtschaftlichen Ordnung einschlagen würde, war für Bebel und Liebknecht freilich um 1900 schwer vorstellbar.⁷⁴ Ihre Erfahrungen und Positionen waren von Strukturen bestimmt, die sich mit den wirtschaftlichen und soziokulturellen Umbrüchen zu Beginn des 20. Jahrhunderts radikal veränderten. Die Gesellschaft wurde heterogener und die Interessen der Menschen wurden vielfältiger. Darauf mussten neue Antworten gefunden werden. Die deutsche Sozialdemokratie hat im 20. Jahrhundert um diese neuen Antworten gerungen, und sie hat ungeachtet mancher Rückschläge und neuer

72 Ausführlich hierzu Carl-Wilhelm Reibel, Bündnis und Kompromiß. Parteienkooperation im Deutschen Kaiserreich 1890-1918, in: Historische Zeitschrift 293 (2011), S. 69-114, hier S. 100 ff.

73 Vgl. hierzu Hahn, Verspäteter Aufstieg; S. 56 f.

74 Vgl. Gerhard A. Ritter, August Bebel, Freiheit und Emanzipation. Menschenrechte und Arbeiterbewegung im Deutschen Kaiserreich, in: Bösl (Bearb.), ...zu aller Nutzen, S. 33-42.

schwerer Verfolgungen in der deutschen Politik eine Gestaltungskraft entfaltet, die in ihrer Gründungsphase vor 150 Jahren noch keiner erwarten konnte. Dies gilt gerade auch für das Gebiet an Lahn und Dill, der Heimat der beiden großen Parteigründer und -führer. Nach schwierigen Aufbaujahrzehnten hat die Sozialdemokratie die mittelhessische Region über viele Jahrzehnte bis heute maßgeblich geprägt.